

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	3. Plenarsitzung Gemeinderat
KAL-Gemeinderatsfraktion	Termin:	20.10.2009
vom: 22.09.2009	Vorlage Nr.:	122
eingegangen: 22.09.2009	TOP:	17
	Verantwortlich:	öffentlich Dez. 3
Aufsuchende medizinische Versorgung wohnungsloser Menschen in Karlsruhe		

- Kurzfassung -

In Karlsruhe besteht ein Bedarf für aufsuchende ambulante medizinische Versorgung Wohnungsloser. Die Kosten für solche Maßnahmen werden in anderen Bundesländern im Schwerpunkt von Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen getragen.

Ob in Karlsruhe ein solcher Dienst finanzierbar ist, ist derzeit nicht absehbar. Es wird vorgeschlagen, das Thema im Sozialausschuss zu beraten.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Die gesundheitliche Situation wohnungsloser Menschen ist zum Teil sehr schlecht. Viele Wohnungslose scheuen den Weg zum Arzt, obwohl sie krank sind. Gründe hierfür sind zum einen finanzielle Hürden (Praxisgebühr und Zuzahlungsregelungen). Zum anderen verhindern negative Erfahrungen, Abweisungen und fehlende Krankheitseinsicht den Arztbesuch. Es ist für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wohnungslosenhilfe oft schwierig, Arztpraxen zu finden, in denen Wohnungslose behandelt werden können. Auch geschieht es immer wieder, dass Wohnungslose nach Behandlung sehr früh aus dem Krankenhaus entlassen werden, ohne dass die weitere medizinische Versorgung oder Pflege geklärt wäre.

Aus diesen Gründen kooperieren einige Einrichtungen mit Ärzten und begleiten auch Betroffene zum Arzt. So gibt es zum Beispiel im Anker und im Tagestreff TÜR eine Sprechstunde vor Ort. Einige Träger helfen auch über Spendenmittel mit bei der Finanzierung der Praxisgebühr und der Zuzahlung der Medikamente. Dennoch werden damit lange nicht alle Betroffenen ausreichend medizinisch versorgt.

Da eine vorbehaltlose und vorurteilsfreie Bereitschaft zur Versorgung dieser Menschen durch das medizinische Regelsystem nicht gewährleistet ist, wäre eine aufsuchende ambulante medizinische Versorgung wünschenswert. Solche Einrichtungen existieren vor allem in größeren Städten wie Berlin, Frankfurt und Köln. Es gibt aber auch Angebote in kleineren Städten wie Mainz.

Die Finanzierung des Autos und des Personals erfolgt in diesen Städten überwiegend über die Krankenkassen und die Kassenärztlichen Vereinigungen. Von den Kommunen werden lediglich geringe Anteile getragen, in manchen Fällen erfolgt die Finanzierung auch ergänzend über Spendenaktionen von Trägern.

In Karlsruhe würde ein Bedarf einer aufsuchenden medizinischen Versorgung für maximal zwei Tage in der Woche bestehen. Eine Bereitschaft der Krankenkassen zur Finanzierung ist nicht zu erwarten. Städtische Mittel hierfür stehen nicht zur Verfügung.

Es wird vorgeschlagen, die weitere Vorgehensweise im Sozialausschuss zu beraten.